

Bereich Wohnen

2. Besteht aus Ihrer Sicht Bedarf, das Wohneigentum zu fördern und wenn ja, welche Maßnahmen planen Sie, um Familien beim Erwerb von Bauland und Wohneigentum zu fördern?

CDU	SPD	Bündnis90/Die Grünen	FDP	Die Linke
<p>Ja. Die Förderung von Wohneigentum gerade für junge Familien hat für uns hohe Priorität. Noch immer ist die Eigentümerquote in Deutschland und Hessen im internationalen Vergleich relativ niedrig. Dabei bietet gerade die aktuell günstige Zinssituation für breitere Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben und damit nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zur Altersvorsorge zu leisten. Wir werden deshalb einen „Masterplan für mehr Eigentum“ mit dem Ziel umsetzen, die Wohneigentümer-Quote in Hessen um jährlich 1 Prozent zu steigern.</p> <p>Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, das Baukindergeld schnell und unbürokratisch einzuführen und damit Familien eine zusätzliche Hilfestellung beim Eigentumserwerb bereitzustellen. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Baukosten wollen wir verbessern. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Eigenheimrente und die</p>	<p>Wir wollen auch den privaten Wohnungsbau fördern. Insbesondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim. Deshalb wollen wir in Hessen die Grunderwerbsteuer für förderungswürdige Gruppen senken, um damit einen Anreiz für private Investitionen zu schaffen. Außerdem werden wir das Bundesprogramm zur Förderung vom Wohnungsbau für junge Familien in Hessen umsetzen.</p>	<p>Mit der Novelle des Wohnraumförderungsgesetzes haben wir in dieser Legislaturperiode eine moderne, zielgerichtete und effiziente Wohnungspolitik eingeleitet. Die drei wichtigsten Punkte sind dabei die gleichrangige Förderung von Mietwohnungsbau und Eigentumsförderung, die Schaffung von zusätzlichem studentischem Wohnraum sowie ein Mittelstandsprogramm zur Unterstützung von Haushalten mit mittlerem Einkommen. Mit diesen Regelungen haben wir auf die aktuellen Probleme am Wohnungsmarkt reagiert, die vor allem durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen im Ballungsraum vorherrschen.</p> <p>Mit der gleichrangigen Einstufung der Eigenheimförderung und des Mietwohnungsbaus soll erreicht werden, dass flexibler auf den jeweiligen Bedarf an Wohnraum eingegangen werden kann. Eine Unterstützung ist dann nötig, wenn das Wohnungsangebot nicht angemessen auf dem Wohnungsmarkt</p>	<p>Förderinstrumente und Steuerergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote, Wohnungsnot und steigende Mieten zur Folge hatten. Dabei täte es der ganzen Gesellschaft gut, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung verfügen würde. Das werden wir entsprechend anpacken. Statt des bürokratischen und ungerechten Baukindergeldes wollen wir jedoch die eine Entlastung bei der Grunderwerbsteuer erreichen. Wir wollen in einem ersten Schritt bei der Grunderwerbsteuer einen einmaligen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für die erste Immobilie der Bemessungsgrundlage für natürliche Personen einführen, denn die Entwicklung der letzten Jahre macht es den Familien aus breiten Bevölkerungsschichten fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Der Freibetrag wird für den Erwerb selbstgenutzter</p>	<p>Bei den Diskussionen zur Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes 2012 und 2014 haben wir dafür plädiert, die Fördermittel ausschließlich für den Bau von Sozialwohnungen zu nutzen. Aufgrund des dramatischen Verlustes an solchen Wohnungen (1999: rund 177.000, 2017: noch rund 85.000) bei gleichzeitig kontinuierlich steigenden Zahlen von nicht versorgten anspruchsberechtigten Haushalten, halten wir diese Position auch weiterhin für richtig.</p>

<p>Wohnungsbauprämie des Bundes zu stärken.</p> <p>Auf Landesebene wollen wir Spielräume zur Senkung der Grunderwerbsteuer für Familien nutzen und Ersterwerber von selbstgenutztem Wohneigentum von diesem Kostenfaktor deutlich entlasten. Darüber hinaus werden wir die Eigentumsförderung des Landes attraktiver ausgestalten und vor allem das „Hessen-Darlehen“ und das „HessenBaudarlehen“ den Marktbedingungen anpassen und ausreichende Finanzmittel dafür bereitstellen. Als weitere Maßnahme werden wir ein Bürgschaftsprogramm des Landes auflegen, um als Eigenkapitalergänzung für mehr Menschen eine Finanzierung eines Eigentumserwerbs zu ermöglichen. Mehr Familien, die häufig eine Finanzierung stemmen, aber das nötige Eigenkapital nicht ansparen können, sollen so von den günstigen Zinsen profitieren und Eigentum schaffen.</p> <p>Auch durch die Stärkung genossenschaftlicher Wohnformen und die Zusage, dass die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen weiterhin möglich bleibt, tragen wir dazu bei, dass Eigentum gebildet werden kann.</p>		<p>vorhanden ist. Diesen Weg halten wir für richtig und werden ihn so weiter gehen.</p>	<p>Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihren Traum vom eigenen Heim bei gleichzeitiger Altersvorsorge zu verwirklichen. Wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiraume. Die grundsätzliche Überprüfung der Grundsteuerstruktur in unserem Land ist außerdem ein fester Bestandteil unserer Agenda.</p>	
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	-----------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Verband Wohneigentum Hessen e.V. – Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 28.10.2018

--	--	--	--	--